



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Vom preußischen Landtage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Vom preussischen Landtage.

Berlin, 13. Januar.

Wie hat sich das Gesicht unserer inneren Lage verändert, seitdem das Abgeordnetenhaus seine Weihnachtsferien begann! Von den tausend Gerüchten, welche in den jüngsten Wochen die Luft durchschwirrten, hat sich freilich das Meiste alsbald wieder verflüchtigt; immerhin ist als Residuum ein bedeutsamer Umschwung der Stimmung geblieben. Was in den letzten Monaten des vergangenen Jahres die Gemüther mit schwerer Besorgniß erfüllte und alle Schaffenskraft lähmte, war die gänzliche Ungewißheit darüber, wann und wie die unser öffentliches Leben seit dem Fühjahr beherrschende Krise zum Abschluß gelangen werde. Heute ist diese Ungewißheit zwar noch nicht gehoben, aber es hat sich wenigstens eine Aussicht eröffnet, daß sie demnächst schwinden werde. Die Dinge sind in Fluß — das ist das tröstliche Fazit, zu welchem eine aufmerksame Betrachtung der jüngsten Zeit gelangt. Freilich auch nichts mehr, als dies.

Die Sensationsgerüchte, welche Bennigssens Reise nach Warzin im Gefolge gehabt, sind nach zwei Richtungen hin über das Maaß des Wahrscheinlichen weit hinausgegangen. Anfangs überraschte man die Welt nicht allein mit den geringsten Details eines zwischen dem Kanzler und dem Führer der National-liberalen angeblich vereinbarten Programmes, sondern auch mit vollständig fertigen Ministerlisten; später kehrte man den Spieß um und ließ die Verhandlungen, wenn nicht endgültig gescheitert, so wenigstens vorläufig abgebrochen sein. Weder das Eine noch das Andere war irgendwie begründet. Die Grundzüge des Programmes, um dessen Durchführung es sich in Zukunft handeln würde, sind freilich unschwer zu errathen; aber gerade weil dem so ist, weil Jeder die ungeheure Tragweite dieses Programms, die außerordentliche Wichtigkeit seiner einzelnen Punkte abzuschätzen vermag, sollte man auch erwarten, daß allgemein anerkannt würde, wie eine zweitägige Konferenz schwerlich sofort zu bestimmten bindenden Abmachungen habe führen können. Geht man von dieser Erkenntniß aus, so entfallen damit zugleich nicht allein die Behauptungen von einem Scheitern oder einem Abbruch der Verhandlungen — denn allein auf den Mangel offensibler positiver Ergebnisse waren dieselben begründet —, sondern auch die Nachrichten von angeblichen Debatten und Abstimmungen der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses über eine Anzahl von Punkten, welche dem Fürsten Bismarck gewissermaßen als Bedingungen der Partei vorzulegen seien. Der Fraktion ist in ihrer Sitzung vom 8. Januar über die Warziner Besprechungen lediglich Bericht erstattet worden, und aus einem daran angeknüpften Meinungsaustausche hat sich eine allgemeine und vollständige Uebereinstimmung betreffs der in der gegenwärtigen kritischen Lage von der nationalliberalen Partei zu beobachtenden Haltung herausgestellt. Im Uebrigen war die Sitzung eine streng vertrauliche, was Jeder, der bedenkt, daß die ganze Angelegenheit sich noch im Stadium der Vorbesprechung befindet, durchaus gerechtfertigt finden wird.

Wie gesagt indeß: um was es sich im Grunde handelt, läßt sich auch ohne vorherige Lüftung des Schleiers feststellen, nämlich um eine festere und praktischere Organisation der Centralverwaltung des Reichs und um gewisse unerläßliche Reformen, bezw. um die Herstellung einer dieser Organisation und diese Reformen unterstützenden zuverlässigen parlamentarischen Majorität. Wie sich Fürst Bismarck jene Organisation denkt, ist aus seinen gelegentlichen Andeutungen hinlänglich zu entnehmen. In den Debatten über die öfter angeregte

Frage der Errichtung von Reichsministerien hat er in den letzten Jahren immer den Gedanken vertreten, daß von dem unförmigen Körper des Reichskanzleramts nach und nach, je nach dem in der Praxis sich herausstellenden Bedürfniß, einzelne Verwaltungsgebiete als möglichst selbständige „Reichsämter“ abzuzweigen seien. Dieser Weg ist mit der Schaffung des Reichsjustizamts, des Reichseisenbahnamts u. s. w. beschritten worden. Die wenig erfreuliche Geschichte gerade der letzteren Behörde aber hat gezeigt, wie sehr die Reichsämter in Gefahr sind, sozusagen in der Luft zu schweben. So ist man zu dem Auskunftsmittel hingedrängt worden, ihnen durch die Verknüpfung mit den entsprechenden preussischen Ministerien eine reale Unterlage zu geben. Dies die eine Seite des Planes. Was die andere, die nothwendigen Reformen in Reich und Staat angeht, so sind dieselben zum Theil bereits in der Ausführung oder wenigstens in der Vorbereitung begriffen. Das schwerwiegendste Problem aber bildet die Steuerreform. Das Reich endlich von den Matrifularbeiträgen der Einzelstaaten unabhängig zu machen und betreffs seiner Einnahmen ganz auf die eigenen Füße zu stellen, ist die eine, die Steuerlast im Staate wie in der Gemeinde gerechter zu vertheilen, die andere Aufgabe.

Die Verständigung zwischen dem Fürsten Bismarck und den National-liberalen über die Organisation der Reichsverwaltung wird jedenfalls ungleich leichter zu erzielen sein, als diejenige über die Steuerreform. Bei der letzteren spielen nicht allein die alten Kontroversen über direkte und indirekte Besteuerung, sondern auch konstitutionelle Prinzipienfragen herein. Doch ist ein absolut trennender Unterschied zwischen den beiden verhandelnden Theilen schwerlich vorhanden. Eine nähere Erörterung über das Wie der Lösung der Aufgabe dünkt uns aber im gegenwärtigen Augenblick, solange konkrete Vorschläge von maßgebender Seite nicht vorliegen, nur überflüssige Arbeit.

Selbstverständlich würde, falls die Verständigung zwischen dem Reichskanzler und den Nationalliberalen zu Stande kommt und demgemäß einige nationalliberale Führer in die Regierung eintreten, die letztere nicht eine eigentliche Parteiregierung sein können; denn bekanntlich bilden die Nationalliberalen in unseren Parlamenten wohl die stärkste Partei, aber nicht die Majorität. Um die letztere zu erzielen, wird es der Zusammenfassung der gemäßigten Elemente aller staats- und reichstreuen Parteien bedürfen. Auf eine derartige kompakte Mehrheit gestützt, wird Fürst Bismarck hoffentlich die Bedenken glücklich besiegen, welche seinem Plane voraussichtlich an höchster Stelle, beim Kaiser wie bei den Bundesregierungen, entgegen treten werden. Aber man erkennt leicht, daß wir uns wohl noch einige Zeit in Geduld werden fassen müssen, bevor der Nation ein fertiges, in allen Theilen klares und entschiedenes Programm vorgelegt werden kann.

Ueber die Arbeit des Abgeordnetenhauses in der abgelaufenen Woche ist kaum etwas zu berichten. Von hervorragender Bedeutung war unter den verhandelten Gegenständen nur das vom Herrenhause bereits durchberathene Gesetz über die Unterbringung verwahrloster Kinder. Die Kommission, welcher es überwiesen worden, wird hoffentlich eine Fassung finden, welche die erheben, nicht geringen Bedenken beseitigt, ohne das Zustandekommen zu gefährden. Der Wegeordnung scheint bei der veränderten Situation ein günstigerer Stern aufgegangen zu sein; auch das Ausführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz dürfte in dieser Session zur Erledigung gelangen. Dagegen ist der Kommunalsteuergesetzesentwurf, trotz allen Eifers der betreffenden Kommission, nach wie vor aussichtslos.

Verantwortlicher Redakteur: **Dr. Hans Blum** in Leipzig.

Verlag von **F. V. Herbig** in Leipzig. — Druck von **Hüthel & Herrmann** in Leipzig.